



## Presseschau vom 12.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Sicherheitspolitischer Appell: Für Entspannung mit Moskau und Warnung vor Kriegsgefahr**

Mehr als zwei Dutzend ehemalige hochrangige deutsche Diplomaten und Militärs sind mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gegangen, der vor steigender Kriegsgefahr in Europa warnt und dringend eine neue Entspannungspolitik gegenüber Moskau einfordert. ...

<https://kurz.rt.com/2qyx>

#### Susan Bonath: **Wachsende Übersterblichkeit nun auch bei Jüngeren: An Corona kann das nicht liegen**

Die COVID-19-Pandemie macht besonders den Über-80-Jährigen und schwer Vorerkrankten zu schaffen. Die meisten Todesfälle betreffen diese Gruppen. Doch seit Mai dieses Jahres zeigt sich ein bedenklicher Trend: Die Todesrate bei den Unter-40-Jährigen steigt – am Virus liegt das wohl nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2qz5>

#### Damian Wilson: **Warum werden Jugendliche mit geschlechtlicher Identitätsstörung wie Laborratten behandelt?**

Eine belastende Untersuchung in Schweden hat ergeben, dass Ärzte die irreversiblen körperlichen Schäden ignoriert hatten, die durch die Verschreibung sogenannter

Pubertätsblocker an Grundschulkindern entstanden waren, bei denen eine geschlechtsspezifische Affektstörung (gender dysphoria) diagnostiziert worden war. ...  
<https://kurz.rt.com/2qs0>

### **Caitlin Johnstone: Die US-Hegemonie macht die Welt nicht friedlicher**

Ein republikanischer Senator im Ausschuss für Verteidigung sagte vergangene Woche gegenüber "Fox News", er unterstütze es nachdrücklich, US-Militäraktionen als Option aufrecht zu erhalten, falls Russland in die Ukraine einmarschiert – bis hin zu einem Ersteinsatz von Atomwaffen.

<https://kurz.rt.com/2r1p>

### **abends/nachts:**

#### **de.rt.com: Putin: Gesetz über ausländische Medienvertreter sollte mit Journalisten diskutiert werden**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat vorgeschlagen, das Gesetz über ausländische Medienvertreter mit Journalisten zu besprechen. Er wies darauf hin, dass das Dokument nicht mit den Fachkreisen erörtert worden sei. Putin zufolge sollte das Gesetz keine Einmischung von außen in diesem Bereich zulassen.

Wladimir Putin ist der Ansicht, dass das Gesetz über ausländische Medienvertreter mit der Berufsgruppe der Journalisten diskutiert werden sollte. Dies sagte er auf einer Sitzung des russischen Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte:

"Das Dokument wurde nicht mit den Fachkreisen erörtert. Darauf muss nicht nur hingewiesen werden, sondern es muss auch getan werden."

Seiner Meinung nach soll dieses Gesetz die Einmischung von außen verhindern. Es soll das Land davor schützen, dass jemand innerhalb Russlands Werkzeuge einsetzt, um Ziele zu erreichen, die nichts mit den Interessen Russlands zu tun haben. Das russische Staatsoberhaupt erklärte:

"Sie wissen, wie unsere Medien im Ausland behandelt werden, nicht wahr? Sie werden zu ausländischen Agenten erklärt - sie werden vor Gericht geladen, verhört und bei Nichterscheinen mit Gefängnis bedroht."

Wir müssen die Meinungsfreiheit und bis zu einem gewissen Grad die Immunität derjenigen gewährleisten, die auf die Mängel in unserer Gesellschaft, die Unzulänglichkeiten des staatlichen Systems und die Fragen, die sich im Wahlkampf ergeben, aufmerksam machen."

Putin fügte hinzu, dass mit den Medien vorsichtig umgegangen werden muss. Man dürfe diese absolut notwendigen Instrumente nicht entkräften oder abstumpfen, da sie für die Entwicklung des Landes eingesetzt werden sollten. Er erklärte:

"Hier müssen wir natürlich auf eine sehr subtile Weise vorgehen. Lassen Sie uns darauf zurückkommen, mit den Fachleuten zusammenarbeiten und so weit wie möglich zu einvernehmlichen Lösungen kommen."

Im November hatte der Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte der Staatsduma Änderungen zu den Gesetzen über "ausländische Agenten" übermittelt. Dabei wurde vorgeschlagen, "ausländischen Agenten" zu gestatten, ihre privaten Veröffentlichungen nicht mit diesem Zusatz kennzeichnen zu müssen. Es solle ihnen außerdem Zeit zur Behebung von Verstößen eingeräumt werden und internationale Preise und Auszeichnungen sollten nicht als Grund für die Aufnahme in das Register "ausländischer Agenten" betrachtet werden.

Am Nachmittag des 9. Dezember, vor Putins Treffen mit den Mitgliedern des Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte, legten Abgeordnete der Partei "Neue Leute" der Staatsduma einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über "ausländische Agenten" vor. Insbesondere wurde vorgeschlagen, eine juristische oder natürliche Person aufgrund eines Gerichtsbeschlusses als "ausländischen Vertreter"

anzuerkennen. Zudem wurde vorgeschlagen, die Liste der politischen Tätigkeiten zu kürzen und die Bestimmung über die Verbreitung von Meinungen über die von staatlichen Stellen getroffenen Entscheidungen und verfolgten Politiken davon auszunehmen.

Dies ist das zweite Mal, dass das Thema der "ausländischen Agenten" bei dem jährlichen Treffen des Präsidenten mit dem Menschenrechtsrat angesprochen wurde. Im Jahr 2020 stellte der Ratsvorsitzende Waleri Fadejew in seinem Bericht fest, dass der Begriff "ausländischer Agent" sehr weit ausgelegt wird. Er schlug vor, das Gesetz zu überarbeiten, um mögliche Diskriminierungen zu beseitigen. Putin entgegnete, dass der Status eines "ausländischen Agenten" keine prohibitiven Maßnahmen seitens des Staates nach sich ziehe, und nannte als Beispiel die Umsetzung dieser Regel in den Vereinigten Staaten. Der russische Präsident sagte:

"Ich kann mir nicht vorstellen, dass ausländische Agenten in den USA auftauchen und verlangen, in den öffentlichen Ausschuss des Außenministeriums aufgenommen zu werden."

Das Gesetz über sogenannte "ausländische Medienagenten" war im Jahr 2019 in Russland verabschiedet worden. Das Dokument wurde von Präsident Wladimir Putin unterzeichnet. Nach dem Gesetz kann eine natürliche Person oder ein Medienunternehmen, das Material ausländischer Medienunternehmen vertreibt oder an deren Erstellung beteiligt ist und Geld oder Eigentum aus dem Ausland oder von russischen juristischen Personen mit ausländischer Finanzierung erhält, als "ausländischer Agent" bezeichnet werden.

Nachdem sie den Status eines "ausländischen Agenten" erhalten haben, müssen russische Medien ihre Materialien mit einer besonderen Beschriftung versehen. Die Nichtkennzeichnung wird mit einer Geldstrafe geahndet. Neben der Kennzeichnung müssen die ausländischen Medienvertreter dem Justizministerium auch regelmäßig Berichte über ihre Aktivitäten und die Verwendung der aus dem Ausland erhaltenen Gelder vorlegen. Mit Stand vom 9. Dezember sind 103 Medienunternehmen und Einzelpersonen, die als "ausländische Agenten" tätig sind, im russischen "Register für ausländische Agenten" aufgeführt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b3957db480cc1e02040134.jpg>

### snanews.de: **Detonation in Flüchtlingscamp in Libanon: Hamas dementiert Berichte über explodiertes Waffenlager**

Nach mehreren Explosionen im palästinensischen Flüchtlingslager Burdsch al-Schimali am Freitag hat die islamistische Bewegung Hamas Berichte zurückgewiesen, laut denen die Explosionen von einem Waffendepot der Hamas ausgegangen sein sollen.

Nach der Prüfung der Umstände des Vorfalls und der Befragung von Augenzeugen habe es sich herausgestellt, dass Sauerstoff- und Gasbehälter explodiert seien, die im Lager zur Behandlung von Corona-Patienten gelagert worden seien, berichtete die Hamas in einer Pressemitteilung am Samstag.

Der Unfall sei von einem elektrischen Kurzschluss verursacht worden, der sich in einem

Raum ereignet habe, in dem sich Sauerstoff- und Gasflaschen sowie Reinigungs- und Desinfektionsmittel befunden hätten. Der anschließende Brand habe Sachschäden verursacht, die Verluste seien jedoch gering.

Die Berichte über andere Ursachen des Vorfalls sowie über Dutzende Todesopfer würden nicht der Wirklichkeit entsprechen, betonte die Hamas und verurteilte die „Fehlinformationskampagne der Medien“.

Im palästinensischen Flüchtlingslager Burdsch al-Schimali im Südlibanon war es am Freitagabend zu mehreren Explosionen gekommen. Die Armee riegelte das Gebiet ab. Journalisten wurde der Zutritt zu dem Lager verwehrt. Laut einem Sprecher des palästinensischen Roten Halbmonds wurden zehn bis zwölf Menschen leicht verletzt.

Die staatliche Nachrichtenagentur NNA berichtete, die Explosion sei von einem Waffendepot der Hamas im Lager ausgegangen. Ein Richter habe bereits die Sicherheitskräfte angewiesen, eine Untersuchung einzuleiten. Laut NNA soll ein Mensch ums Leben gekommen sein. Mehr als zehn Menschen hätten Rauchvergiftungen erlitten. Zudem seien zwei Rettungshelfer verletzt worden.

In den Kriegen zwischen Israel und den arabischen Staaten waren zahlreiche Palästinenser in Nachbarländer geflohen. Ein Dutzend Flüchtlingslager im Libanon, in denen Palästinenser leben, sollen von palästinensischen bewaffneten Gruppierungen, unter anderem auch von den Bewegungen Fatah und Hamas, kontrolliert werden.



[https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/0b/4660670\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_51ec5fdb5816629d1df5184a8f7db892.jpg](https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/0b/4660670_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_51ec5fdb5816629d1df5184a8f7db892.jpg)

### snaneews.de: **Militärs in Donezk fangen ukrainische Kampfdrohne ab – örtliche Sicherheitskräfte**

Die Militärs in der nicht anerkannten Volksrepublik Donezk im Osten der Ukraine haben nach Angaben der örtlichen Sicherheitskräfte eine ukrainische Kampfdrohne vom Typ „Valkyrie“ abgefangen.

Die Drohne sei im Raum der Bergarbeiter-Siedlung Oktjabrskaja in Donezk unter Einsatz einer Anlage zur funkelektronischen Niederhaltung (FEN) vom Typ „Terrikon M2N“ geortet und zur Landung gezwungen worden, teilte ein Sprecher der Sicherheitskräfte am Samstag mit. Es handele sich um eine Drohne der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, hieß es. Nach bisherigen Erkenntnissen hatte der Gegner die Drohne zu Spionagezwecken und zum Beschuss von Zielen eingesetzt. Die Auswertung der von der Drohne ausgestrahlten Daten ergab, dass das nächste Ziel höchstwahrscheinlich ein Krankenhaus war, in dessen Nähe der unbemannte Apparat zwangsgelandet war.

Donezk und die benachbarte ebenfalls nicht anerkannte Republik Lugansk haben sich nach dem Staatsstreich in Kiew vom Februar 2014 von der Ukraine losgesagt. Zwei Monate später

begann Kiew die sogenannte Anti-Terror-Operation gegen Donezk und Lugansk. Nach Angaben der Behörden der beiden Republiken kamen während der Kämpfe rund 6800 Volkswehrgehörige und Zivilisten ums Leben. Die Gesamtzahl der Opfer auf beiden Seiten wird von der UNO auf mehr als 13.000 beziffert.

Die 2015 vereinbarten Minsker Friedensvereinbarungen liegen auf Eis. In letzter Zeit verlegt Kiew immer mehr vom Minsker Dokument verbotene schwere Waffen an die Trennlinie im Donbass und erhöhte die Stärke ihrer Truppen in der Region auf etwa 120.000 Mann. Zeitgleich wirft der Westen Russland vor, einen Einmarsch in die Ukraine vorzubereiten. Moskau weist die Berichte als „absurd“ zurück. Vielmehr sollte die ukrainische Seite Verhandlungen mit Donezk und Lugansk als unmittelbare Konfliktparteien aufnehmen, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden, hieß es aus Moskau.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0b/4661175\\_0:137:3081:1870\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_55f6c06f136fe98313da297887a03ca5.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0b/4661175_0:137:3081:1870_1920x0_80_0_0_55f6c06f136fe98313da297887a03ca5.jpg)

#### snanews.de: **US-Vizeaußenministerin Donfried Mitte Dezember in Moskau und Kiew erwartet**

Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise schickt die US-Regierung die für europäische und eurasische Angelegenheiten zuständige stellvertretende Staatssekretärin, Karen Donfried, nach Kiew und Moskau.

Donfried werde dort „mit ranghohen Regierungsvertretern über die militärische Aufrüstung Russlands“ sprechen, teilte das Außenamt in Washington am Samstag mit. Die Reise in die beiden Länder dauere voraussichtlich vom 13. bis 15. Dezember.

Für den 15./16. Dezember sei ein Besuch in Brüssel geplant, wo Donfried und ranghohe Vertreter der EU und der Nato zu Konsultationen zusammenkommen sollen. Auf der Agenda stünden Bemühungen um eine diplomatische Lösung in der Ukraine-Krise. ...



[https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/0f/165825\\_0:54:1025:630\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_b5bdc7b540e73d67064a46b79ceb4cbd.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/0f/165825_0:54:1025:630_1920x0_80_0_0_b5bdc7b540e73d67064a46b79ceb4cbd.jpg)

### snnews.de: **Nato-Staaten machen Lage in Ukraine brisanter – Russische Botschaft in London**

Die Lage in der Ukraine wird durch die militärische Unterstützung Kiews durch die Nato-Staaten und insbesondere Großbritannien brisanter, geht aus einem Kommentar der russischen Botschaft in London im Zusammenhang mit den jüngsten Äußerungen der britischen Außenministerin, Liz Truss, hervor.

Beim G7-Gipfel, der am Samstag in Liverpool begann, rief Truss ihre Kollegen mehrmals auf, „als geschlossene Front gegen die russische Aggression aufzutreten“.

„Und obwohl Russland keine Absicht hat, die Ukraine anzugreifen, wird die Situation mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine angesichts der unverantwortlichen und bedingungslosen militärischen Unterstützung, die einige Nato-Staaten und insbesondere Großbritannien Kiew gewähren, tatsächlich brisanter. Es ist kein Wunder, dass es keine Fortschritte bei einer friedlichen Regelung im Donbass gibt, die für den Westen offenbar nicht von Interesse ist“, so die russische Botschaft.

„Die übermäßige Verwendung des Begriffs ‚russische Aggression‘, die besonders offensichtlich und bewusst ist, betont die Besessenheit des britischen G7-Vorsitzes, einen gemeinsamen Grund für die ‚Demonstration der Einheit‘ zu finden. Diese wiederholten Anschuldigungen sind besorgniserregend, da sie die Abonnenten irreführen“, hieß es in Bezug auf die jüngsten Mitteilungen von Truss in den sozialen Netzwerken. Diese habe die Botschaft zur Kenntnis genommen.

Die Botschaft betonte, dass „mögliche russische Aggression gegen die Ukraine“ ein falscher Slogan sei, „der von britischen Politikern und regierungstreuen Medien zu oft verwendet wird“.

„Russland hat der Nato zahlreiche Vorschläge zum Abbau der Spannungen unterbreitet. Das G7-Forum könnte eine Gelegenheit werden, darüber zu diskutieren, aber bisher hören wir nur aggressive Parolen“, so die russische Botschaft abschließend.

Zuvor hatten sich die Staats- und Regierungschefs von Großbritannien, den USA, Deutschland, Frankreich und Italien darauf geeinigt, dass ein Dialog mit Russland zum Thema Ukraine nötig sei.

#### **Zunahme der Spannungen in Ukraine-Frage**

Die Ukraine und die westlichen Länder haben sich in der letzten Zeit über die Zunahme von „aggressiven Aktivitäten“ besorgt gezeigt, die Russland in diesem Herbst angeblich an der Grenze zur Ukraine unternommen habe.

Vor einigen Tagen veröffentlichten zudem die amerikanische Tageszeitung „The Washington Post“ und die „Bild“ Artikel über einen russischen Einmarschplan in die Ukraine. Die

Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete den „Bild“-Beitrag als schädliche Propaganda.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte mehrmals in diesem Zusammenhang, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen. Außerdem teilte Peskow mit, dass sich Russland alle mögliche Mühe gebe, um der Ukraine bei der Regelung des Konflikts im Donbass zu helfen, wobei es sich an das „Normandie-Format“ und die Verpflichtungen des Minsker Abkommens halte.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/09/83836\\_0:174:2661:1671\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_e2294518424e31bdd211648e2e2858a5.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/09/83836_0:174:2661:1671_1920x0_80_0_0_e2294518424e31bdd211648e2e2858a5.jpg)

**vormittags:**

**Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 11. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

**de.rt.com: US-General McKenzie: Iran und schiitische Milizen wollen USA aus Nahem Osten verdrängen**

Der Befehlshaber des US-Zentralkommandos (CENTCOM) hat in einem Interview mit "AP" erklärt, dass Iran und schiitische Milizen zum Ziel haben, die USA aus dem Irak und dem weiteren Nahen Osten zu vertreiben. Sie sehen das Hauptschlachtfeld laut US-General dafür im Irak.

Der oberste US-Kommandant für den Nahen Osten General Franklin McKenzie erklärte, dass die USA die gegenwärtigen 2.500 Soldaten auf absehbare Zeit im Irak behalten werden, nachdem die US-Regierung den Kampfeinsatz der USA im Irak vor Kurzem offiziell für beendet erklärt hatte.

Der Befehlshaber des US-Zentralkommandos (CENTCOM) warnte, dass er mit zunehmenden Angriffen auf US- und irakisches Personal durch von Iran unterstützte Milizen rechne, die entschlossen seien, die US-Streitkräfte aus dem Land zu verdrängen. McKenzie sagte in einem Interview mit The Associated Press im Pentagon, dass die US-Armee trotz der Änderung der Mission von einem Militäreinsatz zu einer nicht kampfbereiten Rolle dem Irak weiterhin Luftunterstützung und andere militärische Hilfe im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat leisten werde.

Im Irak waren bislang nach Angaben des Weißen Hauses rund 2.500 US-Kräfte im Einsatz. Nun soll sich die Zahl der US-Soldaten kaum ändern, aber die Soldaten sollen künftig offiziell nur als Ausbilder und Berater im Einsatz bleiben. Die Gesamtpräsenz der US-Streitkräfte werde von zukünftigen Vereinbarungen mit der irakischen Regierung abhängen, bekräftigte

McKenzie in seinem Interview mit AP.

Der CENTCOM-Befehlshaber stellte fest, dass von Iran unterstützte Milizen zum Ziel hätten, alle westlichen Truppen aus dem Irak zu vertreiben. "Sie wollen eigentlich, dass alle US-Streitkräfte abziehen, aber alle Truppen werden doch nicht den Irak verlassen", betonte er. McKenzie fügte aber hinzu, es könnte eine Reaktion provozieren, wenn US-Truppen nach dem Ablauf des Monats im Irak verbleiben. Die Biden-Regierung hatte im Juli angekündigt, den US-Kampfeinsatz im Irak bis zum 31. Dezember zu beenden.

Die USA waren 2003 im Rahmen einer Militärintervention in den Irak einmarschiert, wobei auf dem Höhepunkt des Einsatzes mehr als 170.000 US-Soldaten im Land präsent gewesen waren. Zwar waren Ende 2011 alle US-Streitkräfte abgezogen worden, aber nur drei Jahre später kamen US-Truppen unter dem Vorwand zurück, dem Irak zu helfen, den "Islamischen Staat" zurückzuschlagen, der von Syrien aus in den Irak eingedrungen war.

Iranische Stellvertreter wurden unlängst für einen Anschlagversuch auf den irakischen Premierminister Mustafa al-Kadhimi im vergangenen Monat verantwortlich gemacht. McKenzie verurteilte den Vorfall und sagte: "Ein Angriff auf den Premierminister ist ein ziemlich bedeutender Vorfall."

Iran wies US-Vorwürfe seinerzeit zurück, in den Angriff auf die Residenz des Ministerpräsidenten in der hochgesicherten Grünen Zone Bagdads involviert zu sein, in der unter anderem die US-Botschaft liegt. Die Iran nahestehenden Kräfte gingen von einem inszenierten Drohnenangriff aus. US-Sicherheitsbeamte warfen Iran auch vor, hinter dem Drohnenangriff auf den US-Stützpunkt at-Tanf im Oktober gesteckt zu haben, wo US-Besatzungstruppen in Südsyrien stationiert sind.

Wie bei der langen Kampagne der Taliban gegen die Präsenz der US-Amerikaner in Afghanistan kämpften Iran und seine Verbündeten darum, die USA aus dem Irak und dem weiteren Nahen Osten zu verdrängen. "Iran verfolgt immer noch die Vision, uns aus der Region zu vertreiben", sagte McKenzie. "Und sie sehen das Hauptschlachtfeld dafür im Irak. Und ich glaube, sie sind der Ansicht, dass sie die Spannungen im Irak dahingehend erhöhen können, dass wir das Land verlassen."

Die Lage im Irak ist seit der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani durch einen US-Luftangriff in Bagdad Anfang Januar 2020 und einen Vergeltungsschlag Irans gegen Militärstützpunkte im Irak, die vom US-Militär genutzt werden, sehr angespannt. Das Parlament des Irak hatte nach der Ermordung des iranischen Generals auf irakischem Boden den Abzug der US-Truppen aus dem Land gefordert. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte seinerzeit für eine Resolution, in der das Ende der ausländischen Militärpräsenz im Irak verlangt wurde.

McKenzie stellte fest, dass die US-Truppenpräsenz im Nahen Osten seit letztem Jahr deutlich zurückgegangen sei, "als sie inmitten der Spannungen mit Iran ihren Höhepunkt mit bis zu 80.000 Soldaten erreichte". Der General erklärte, er sei besonders besorgt über die Entwicklung von ballistischen und Marschflugkörpern sowie bewaffneten Drohnen durch Iran.

"Wir halten es für wichtig, mit unseren Partnern in der Region zusammenzuarbeiten", um Iran entgegenzutreten, wobei die USA nach anderen Stützpunkten und Möglichkeiten suchen, Truppen zu verlegen, um dieses Ziel zu erreichen, betonte der US-General.

Die USA identifizierten jüngst China und Russland als die größten "nationalen Sicherheitsbedrohungen". Die US-Regierung bezeichnet China als "Herausforderung der USA im Tempo" und versucht insofern, mehr Anstrengungen und Ressourcen im Pazifik zu bündeln, während USA sich schrittweise aus Nahen Osten zurückziehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b4c10548fbef788e2ba392.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 12. Dezember um 9:00 Uhr 21.071 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.  
541 Personen sind derzeit erkrankt, 17.525 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.  
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3005 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 11. Dezember wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.  
In den letzten 24 Stunden wurden 44 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 18 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 27 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1323 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 802 mit Sauerstoffunterstützung (+10 in den letzten 24 Stunden).  
Am 12. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 114.161 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.  
4120 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 101.287 als gesund entlassen, es gibt 8754 Todesfälle.

#### **nachmittags:**

snanews.de: **Keine Militärhilfe: Ukrainischer Botschafter enttäuscht von Deutschlands „Pseudo-Pazifismus“**

Der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk hat sich „enttäuscht“ über die Entscheidung des deutschen Kanzlers Olaf Scholz gezeigt, keine Waffen an die Ukraine zu liefern. Laut Melnyk geht es diesbezüglich ausschließlich um Selbstverteidigung im Falle eines Angriffs durch Russland.

Gegenüber ukrainischen Medien erklärte der Botschafter, dass mit dem Rücktritt der Bundeskanzlerin Angela Merkel eine ganze Epoche nicht nur für Deutschland, sondern auch für die ganze Welt ende.

Er verwies darauf, dass für Merkel die Beilegung des „blutigen russischen Krieges“ mit der Ukraine einen sehr persönlichen Charakter getragen habe. Auch lobte Melnyk Merkels „Vermittler-Rolle“ bei diesem Konflikt – insbesondere „im Februar 2015“ – und erklärte, dass ihr Verdienst für immer in die Geschichte eingehen werde.

Gleichzeitig findet der ukrainische Botschafter, dass diese „historische Mission“ trotz Merkels Bemühungen unvollendet geblieben sei und „diese Normandie-Sackgasse“ weiterhin eine fundamentale Herausforderung darstelle. Nach Melnyks Ansicht hat Berlin zu einem

bestimmten Zeitpunkt begonnen, diese „Vermittler-Aufgabe“ zu formal wahrzunehmen. Die Wahrung der Neutralität reiche aber nicht aus, da nämlich „alle Einflusshebel“ in Bewegung gesetzt werden müssten, über die die Vermittlerstaaten verfügten. Es brauche „einen stärkeren politischen Druck auf Moskau“, um den Kreml doch noch zur Erfüllung seiner Verpflichtungen „an den Verhandlungstisch zwingen zu können“.

Ob der neue Bundeskanzler Deutschlands Scholz „diese historische Vermittler-Mission“ übernehmen werde, sei für den Diplomaten noch unklar. In dieser Hinsicht zeige sich Melnyk zuversichtlich, dass der neuen deutschen Regierung nichts anderes übrigbleiben werde, als „aktiv zu handeln“, weil es anderenfalls direkte negative Konsequenzen „sowohl für Deutschland als auch für seinen internationalen Ruf“ geben könnte.

Melnyk zufolge darf Deutschland die Möglichkeit eines russischen Angriffs auch auf sein Territorium nicht ausschließen – „heute ist alles möglich“. Er sei daher davon überzeugt, dass sich das Land einer „direkten Bedrohung für sich seitens Russlands“ mit der Zeit noch bewusst werde.

### **Ukraine „hat Recht auf Selbstverteidigung“**

Ferner brachte Melnyk die Rolle des neuen Kanzlers Scholz bei der Beilegung des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland zur Sprache. Ihm zufolge ist noch nicht klar, welche Position Scholz bei der Beilegung des Konflikts konkret einnehmen werde – momentan sei der ukrainische Politiker aber „enttäuscht“ über die Weigerung der deutschen Regierung, der Ukraine militärisch zu helfen.

Melnyk erklärte, dass die Argumente Deutschlands, dass solche Waffen potentiell zu einer weiteren militärischen Eskalation und zu einer größeren Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland führen könnten, falsch seien und jeder Logik entbehrten, weil die Ukraine ein „von der Charta der Vereinten Nationen“ vorgesehenes Recht auf Selbstverteidigung habe. „Es sind ja nicht wir, die angreifen, es ist ein Teil unseres Territoriums, der seit fast acht Jahren von Russland besetzt ist“, argumentierte der Politiker.

Des Weiteren erklärte Melnyk, dass er es für zu optimistisch halte, zu erwarten, dass das Kabinett von Bundeskanzler Olaf Scholz „einen anderen Kurs“ einschlagen werde. Er zeigte sich besorgt, dass Deutschland seiner Position, die aus moralischen Gründen keine Kritik zulasse, treu bleiben werde.

„Wir verlieren jedoch nicht die Hoffnung. Und in Zukunft werden wir unsere deutschen Partner davon überzeugen, dass zusätzliche Mittel der elektronischen Kriegsführung oder andere Arten von Verteidigungswaffen, die täglich das Leben von Ukrainern retten, nicht der Provokation, sondern der Eindämmung neuer Aggressionen und dem schnellen Ende dieses blutigen Krieges dienen“, erklärte Melnyk.

Die Versorgung Kiews mit Waffen zur Selbstverteidigung würde, so der ukrainische Politiker weiter, die Position Berlins stärken und seine Vermittlungsmission voranbringen, „die nun leider in einer Sackgasse steckt“.

Zwar sei er sich nicht sicher, dass Deutschland seinen Pseudo-Pazifismus aufgeben und sich von seiner „moralisch unbegründeten Position“ entfernen werde, so Melnyk, aber die Chancen, das Land auf die Seite der Ukraine zu ziehen, halte er trotzdem noch für möglich.

### **Spannungen zwischen Russland und dem Westen**

Die Ukraine und die westlichen Länder haben sich in der letzten Zeit über die Zunahme von „aggressiven Aktivitäten“ besorgt gezeigt, die Russland in diesem Herbst angeblich an der Grenze zur Ukraine unternommen habe.

Vor einigen Tagen veröffentlichten zudem die amerikanische Tageszeitung „The Washington Post“ und die „Bild“ Artikel über einen russischen Einmarschplan in die Ukraine. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete den „Bild“-Beitrag als schädliche Propaganda.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte mehrmals in diesem Zusammenhang, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und

nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen. Außerdem teilte Peskow mit, dass sich Russland alle mögliche Mühe gebe, um der Ukraine bei der Regelung des Konflikts im Donbass zu helfen, wobei es sich an das „Normandie-Format“ und die Verpflichtungen des Minsker Abkommens halte.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1c/4123696\\_0:159:3076:1889\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_580a7a6fe639ce781a95077ecb880948.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1c/4123696_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_580a7a6fe639ce781a95077ecb880948.jpg)

### snanews.de: **G7-Staaten warnen Putin vor Angriff auf Ukraine – Biden verspricht „verheerende“ Wirtschaftsfolgen**

Bei dem an diesem Wochenende abgehaltenen G7-Treffen sind die führenden westlichen Staaten in Liverpool zusammengekommen, um unter anderem über die Lage an der Grenze zur Ukraine zu beraten. Demnach verständigten sie sich auf eine gemeinsame Linie gegenüber Russland und versprachen harte Konsequenzen im Falle eines Angriffs auf die Ukraine.

„Wir haben von diesem G7-Treffen aus eine klare Botschaft an Wladimir Putin gesendet“, sagte die britische Außenministerin, Liz Truss, als Gastgeberin der Gespräche am Sonntag. Die Politikerin wies darauf hin, dass jeglicher Angriff Russlands auf die Ukraine „massive Konsequenzen“ hätte, die ernsthafte Kosten nach sich ziehen würden. Auch riefen die G7-Staaten den russischen Präsidenten, Wladimir Putin, zur Deeskalation der Krise und zur diplomatischen Lösung des Konflikts auf.

„Jede Art der Gewaltanwendung zur Änderung von Grenzen ist nach internationalem Recht strikt verboten“, heißt es im Entwurf der Erklärung der G7-Außenminister, wie mit dem Vorgang vertraute Personen Reuters am Sonntag bestätigten.

Des Weiteren sollen die Staaten Russland zur Deeskalation und zur Suche diplomatischer Kanäle ermahnt haben. Die G7 unterstützen ausdrücklich die Bemühungen des sogenannten Normandie-Formats.

Bestehend aus Russland, der Ukraine, Frankreich und Deutschland hatte dieses Format das Abkommen von Minsk erzielt, um den Konflikt im Osten der Ukraine beizulegen. Die G7 bekräftigen ihr Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Ukraine und zu deren territorialer Integrität. Zudem habe die Ukraine das Recht, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Darüber hinaus verurteilten die G7 Russlands militärische Aktivitäten und die „aggressive Rhetorik gegen die Ukraine“.

### **Biden droht Russland mit Wirtschaftsfolgen**

Auch US-Präsident Joe Biden hat seiner Warnung an Russland vor einem Einmarsch in der Ukraine mit deutlichen Worten Nachdruck verliehen. Am Samstag soll der US-Präsident gegenüber Journalisten verraten haben, er habe dem russischen Staatschef, Wladimir Putin, bei dem jüngsten Videogipfel beider Politiker klargemacht, dass Russland in diesem Fall „einen schrecklichen Preis“ zahlen werde.

Wenn Putin eine Invasion veranlasse, würden die Konsequenzen für Russlands Wirtschaft

„verheerend“ sein, betonte Biden. Der US-Präsident bekräftigte, ein Einsatz von kämpfenden US-Soldaten in der Ukraine im Falle eines russischen Angriffs habe hingegen als Option „nie auf dem Tisch“ gelegen.

### **G7-Treffen**

An dem Treffen in Liverpool beteiligen sich neben den Chefdiplomaten auch die Entwicklungsminister der sieben Staaten. Deutschland wird ab dem kommenden Jahr die Präsidentschaft der G7 innehaben. Der Gruppe gehören außerdem die USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan an.

Bis 2014 galt der Staatenbund einschließlich Russland als G8 – Moskau wurde wegen des Anschlusses der Schwarzmeer-Halbinsel Krim nicht mehr zu weiteren Treffen eingeladen. Seitdem haben die Spannungen unter anderem wegen des russischen Vorgehens in der Ukraine immer stärker zugenommen.

Die sich zuspitzende Lage an der russisch-ukrainischen Grenze war eines der zentralen Themen des jetzigen G7-Treffens. Die neue deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock, (Grüne) durfte dabei mehrere ihrer Amtskollegen kennenlernen. ...



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0c/4666298\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_bb2ca75588a37936daa043d68a9052a7.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0c/4666298_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bb2ca75588a37936daa043d68a9052a7.jpg)

**armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 12.12.2021**  
**In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

**In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ziehen die Kiewer Besatzer weiterhin schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie zusammen.**

So haben Beobachter der OSZE-Mission bei einer Kontrolle der Lagerorte für schwere Waffen mit einem Kaliber von mehr als 100mm das Fehlen von elf Haubitzen „Msta-S“, vier Antipanzergeschützen „Rapira“ und zwei Antipanzerraketenkomplexen „Schturm-S“ festgestellt.

Zuvor wurden die genannten Antipanzerraketenkomplexe „Schturm-S“ in einer Kolonne von Technik an der Eisenbahnstation Satschatowka bemerkt worden.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission.** So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. und 93. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppe des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in Gebieten von Majorsk und Bogdanowka zu blockieren.

Nach Informationen von örtlichen Einwohnern fanden im Verantwortungsbereich des 1.

Fallschirmlandeataillons der 25. Luftlandebrigade **auf einem Übungsplatz in der Nähe von Baranowka nächtliche Schießübungen** statt. Angesichts des geringen Niveaus der professionellen Ausbildung und unzureichender Orientierungsfertigkeiten des Bataillonskommandeurs vor Ort, fuhr eine Kolonne bei der Verlegung von Technik an den Übungsort über einen Navigator auf einem Mobiltelefon beim Abkürzen der Route auf ein landwirtschaftliches Feld, was zur Beschädigung von Winterweizensetzlingen führte. Der Schaden betrug mehr als 50.000 Griwna.

Als er diesen Sachverhalt entdeckt hatte, forderte der Besitzer des Feldes vom Bataillonskommandeur, den Schaden zu ersetzen und drohte damit, sich an den Brigadekommandeur und die Ortschaftsverwaltung zu wenden.

Um seine Nachlässigkeit zu rechtfertigen und um die Kompensation an den betroffenen Bauern zu zahlen, organisierte der Bataillonskommandeur des 1. Bataillons der 25. Brigade eine Sammlung von Geld bei dem unterstellten Personal, das für die Übungen eingeteilt war. Wir erhalten weiter **Informationen über Vorfälle und Verbrechen in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine**. In der 128. Gebirgssturmbataillon läuft eine Suche nach den Kämpfern Kotschubej und Masljanka. Nach Angaben einer Quelle in der 128. Brigade befassten sich die genannten Soldaten mit der Verbreitung von Drogen, aber im Zusammenhang mit den zunehmenden Kontrollen in der Einheit und der erhöhten Aufmerksamkeit von Seiten des SBU in Bezug auf Verdachtsfälle von Verbreitung von Drogen, flohen sie, wobei sie vermutlich mehr als 100.000 Griwna von den Kämpfern eines Panzergrenadierbataillons mitnahmen.

de.rt.com: **Bund und Länder wollen stärker gegen Telegram vorgehen**

Wie aus einer Beschlussvorlage hervorgeht, wollen Bund und Länder stärker gegen den Messengerdienst Telegram vorgehen. Laut Medienberichten soll auch das Bundesamt für Justiz die Telegram-Gründer in einem Schreiben dazu aufgefordert haben, das Netzwerkdurchsuchungsgesetz durchzusetzen.

Bund und Länder wollen Kommunikationsdienste wie Telegram regulieren und damit stärker gegen die Verbreitung von sogenannten Verschwörungstheorien und "Hass und Hetze" in der Querdenker-Szene vorgehen. In einer Beschlussvorlage, die ntv vorliegt, weisen die Länder darauf hin, dass Plattformen, "die sich mit dem Angebot öffentlicher Gruppen und Kanäle faktisch ... zu einem offenen sozialen Netzwerk mit Massenkommunikation entwickeln", einer "angemessenen und hinreichend differenzierten Regulierung im Netzwerkdurchsetzungsgesetz" bedürften.

Damit dürfte sich die Beschlussvorlage vor allem auf den Messengerdienst Telegram beziehen. Neben der Kommunikation zwischen einzelnen Personen können Menschen in Telegram auch in öffentlich zugänglichen, nicht moderierten Gruppen kommunizieren. Der Messengerdienst galt bisher jedoch nicht als soziales Netzwerk, auch wenn Kritiker forderten, ihn als ein solches einzustufen. Bereits vor der Corona-Krise war Telegram vor allem bei IT-Experten beliebt, mittlerweile wird die Plattform verstärkt von Kritikern der Corona-Maßnahmen und der Querdenken-Bewegung nahestehenden Personen genutzt, da die Inhalte kaum gelöscht oder zensiert werden.

In der Beschlussvorlage heißt es zudem, dass man gegenüber den "Betroffenen von Hass und Hetze" Solidarität und uneingeschränkte Unterstützung anbieten. In einer "demokratischen Gesellschaft" müsse über die Corona-Maßnahmen diskutiert und gestritten werden.

Morddrohungen und Fackelaufzüge vor Privathäusern seien hingegen inakzeptabel und ein "Angriff auf unsere Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung". Zuletzt hatte ein Fackelaufmarsch vor dem Haus von Sachsens Sozialministerin Petra Köpping für Empörung gesorgt. Zudem sollen in einer Telegram-Gruppe Gewaltfantasien und angebliche Mordpläne gegen Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer geäußert

worden sein.

In der Beschlussvorlage heißt es weiter, man sehe "mit großer Sorge", dass über Kommunikationsdienste "zunehmend Verschwörungstheorien, Lügen, Hetze, Anfeindungen und Aufrufe zur Gewalt verbreitet werden". Entsprechende Inhalte würden dazu beitragen, "die Gesellschaft zu spalten". Weiterhin seien zunehmende Radikalisierungstendenzen, "insbesondere bei der Querdenken-Bewegung", zu beobachten. Daher wolle man vermehrt auf Präventionsprogramme setzen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, und zähle auf eine Erhöhung der Medienkompetenz, "couragiertes Verhalten im Netz" sowie "Argumentationshilfen gegen Verschwörungserzählungen".

Das Netzwerkdurchsuchungsgesetz, welches die Löschung von mutmaßlich rechtswidrigen Inhalten innerhalb von 24 Stunden vorschreibt, wird bisher vor allem bei sozialen Netzwerken wie YouTube, Facebook und Twitter angewandt. Doch mittlerweile gerät auch Telegram stärker in den Fokus der Justizbehörden, da das Portal nun verstärkt als soziales Netzwerk angesehen wird. Allerdings kooperieren die Telegram-Gründer bisher nicht mit staatlichen Behörden. Dies geht auch aus Medienberichten von NDR, WDR und der Süddeutschen hervor: Demnach habe das Bundesamt für Justiz in Bonn im April ein Schreiben, das offenbar an die entsprechenden Medien durchgestochen wurde, an die Adresse von Telegram in die Vereinigten Arabischen Emirate geschickt. In dem Brief heißt es, dass Telegram ein "soziales Netzwerk" mit mehr als zwei Millionen Nutzern in Deutschland betreibe. Damit unterliege es dem Netzwerkdurchsuchungsgesetz von 2017 und sei verpflichtet, strafbare Inhalte zu sperren und zu melden. Telegram komme dieser Verpflichtung nicht nach, weshalb ein Bußgeld von bis zu 50 Millionen Euro drohe.

Im Medienbericht wird auch darauf eingegangen, dass Telegram in Ländern wie Iran, Weißrussland oder Syrien oft von Oppositionellen und Regimekritikern genutzt wird. In Deutschland ist der Messengerdienst den deutschen Behörden hingegen ein Dorn im Auge, da sich dort "Extremisten und Terroristen unterschiedlichster Ideologien" tummeln. Das Bundesamt für Justiz sandte zudem ein Schreiben an die Behörden in Dubai und bat das Justizministerium der Vereinigten Arabischen Emirate um Rechtshilfe. Laut Justizministerium habe die Erfahrung jedoch gezeigt, dass es wohl einige Zeit dauern werde, bis man eine Antwort erhalte. Im Schreiben an Telegram hatte man eine zweiwöchige Frist für eine Rückmeldung gesetzt, andernfalls müsse man "nach Aktenlage" entscheiden und ein Bußgeld verhängen. Bis heute gibt es von Telegram keine Antwort auf das Schreiben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b3a42948fbef19b036dfa9.jpg>

snews.de: **Putin zu neuen russischen Waffen: Werden unsere Partner angenehm überraschen können**

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hat gegenüber russischen Medien die führende Rolle

Russlands in der Welt bei der Herstellung neuer Waffen betont. Insbesondere verwies er in dieser Hinsicht auf die Hyperschallraketen, über die sein Land verfügt. Dem Staatschef zufolge wird Russland bald auch Abwehrmittel gegen solche Waffen haben.

Putin erklärte in diesem Zusammenhang, die ungefähre Rüstungsparität Russlands mit den Vereinigten Staaten bleibe zwar sowohl „bei den Trägerfahrzeugen als auch bei der Zahl der Sprengköpfe der Nuklearwaffen“ bestehen, aber die Russische Föderation sei anderen Staaten in „fortschrittlichen Entwicklungen“ trotzdem weit voraus.

Putin zufolge werden im Land nicht nur die vorhandenen militärischen Potenziale modernisiert, sondern auch neue Komplexe errichtet. Und in diesem Sinne könne man mit Sicherheit sagen, so der Präsident weiter, „dass wir nach diesem Index heute weltweit die Nummer eins sind“.

### **Westen bekommt Hyperschallraketen, Russland – Abwehrmittel**

Putin wies weiter darauf hin, dass heutzutage nur Russland Hyperschallwaffen besitze, zeigte sich aber zuversichtlich, dass früher oder später auch andere führende militärische Weltmächte darüber verfügen würden. Aber bisher – seit 2018 – habe noch niemand diese Waffe erworben, so der russische Präsident.

„Aber ich denke, wir werden unsere Partner angenehm dadurch überraschen können, dass, sobald sie diese Waffe bekommen haben, wir mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits über die Mittel zur Bekämpfung dieser Waffen verfügen werden“, sagte Putin.

Jetzt ist Russland das einzige Land weltweit, in dem sich Hyperschallraketen in Alarmbereitschaft oder in höchster Alarmbereitschaft befinden.

### **Russland testet erfolgreich Hyperschallrakete**

Die Einführung der Hyperschallwaffen in die Truppen hat Putin für den Anfang kommenden Jahres angekündigt. Die Tests dieser Waffen verlaufen demnach erfolgreich. „Wir haben gerade mit Erfolg einen Test durchgeführt, und ab Jahresbeginn werden bei uns neue seegestützte Raketen im Truppendienst stehen – Hyperschallraketen, neun Mach. Die Anflugzeit für die Befehlsgeber beträgt dann auch fünf Minuten“, so der russische Präsident. Die russische Marine hat Anfang voriger Woche eine Zirkon-Rakete getestet. Es handelt sich um den ersten hyperschallfähigen Lenkflugkörper der Welt. Die Rakete erreicht See- und Bodenziele in Entfernungen von bis zu 1.000 Kilometern mit neunfacher Schallgeschwindigkeit. Da die Zirkon im Flug manövrieren kann, ist sie nur schwer abzufangen. Die Auslieferung des neuen Flugkörpers an die russischen Seestreitkräfte wird im kommenden Jahr erwartet.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/18/4443741\\_0:0:3072:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_f0ed37af01c938cf97399bed597f5e26.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/18/4443741_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_f0ed37af01c938cf97399bed597f5e26.jpg)

snanews.de: **Biden schüchtern Putin nicht ein: Kreml-Sprecher über Details des Video-**

## **Gipfels**

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat einige Details des Online-Treffens des russischen Staatschefs Waldimir Putin mit seinem US-Amtskollegen Joe Biden offenbart, das am 7. Dezember stattgefunden hatte.

Putin habe erneut hervorgehoben, dass russische Truppen, die in letzter Zeit Besorgnisse westlicher Länder hervorriefen, niemanden bedrohen würden, sagte Peskow.

„Unser Präsident sagte klar und deutlich gegenüber dem US-Präsidenten: ‚Sie sprechen über unsere Truppen, die auf Russlands Territorium stationiert sind und niemanden bedrohen. Aber Sie sprechen [darüber], während Sie 1.000 Kilometer von unserem Territorium entfernt sind‘“, äußerte Peskow gegenüber dem TV-Sender Rossiya 1.

„Wir sprechen über unser eigenes Territorium, das Territorium der Russischen Föderation. Und wir sprechen über Europa, das unser gemeinsames Haus ist. Die US-Amerikaner aber befinden sich ja auf der anderen Seite des Ozeans, das hat unser Präsident gemeint“, erläuterte der Kreml-Sprecher.

Die Eskalierung der Spannungen in Bezug auf die russischen Truppen trage dazu bei, Russland als potenziellen Aggressor darzustellen, so Peskow weiter: „Und natürlich zielt diese Förderung der informellen Spannung und so weiter nur darauf ab, Russland weiterhin zu dämonisieren und als potenziellen Aggressor darzustellen“, äußerte er.

In Bezug auf die Stimmung des russischen Staatschefs nach den Online-Treffen mit seinem US-Amtskollegen sagte Peskow: „Es gab natürlich keinen besonderen Anlass zur Freude.“

„Die Situation ist sehr ernst und erfordert die ständige Aufmerksamkeit des Staatsoberhauptes, die der Präsident auch an den Tag legt.“

Peskow wurde unter anderem gefragt, ob die Regierung Biden bei der Umsetzung von Vereinbarungen konsequenter sei als frühere US-Administrationen. „Nein, das kann man noch nicht sagen“, antwortete er.

### **Biden schüchtern Putin nicht ein**

Peskow wies Medienberichte zurück, laut denen der US-Präsident bei dem Online-Treffen am 7. Dezember versucht haben soll, seinen russischen Amtskollegen einzuschüchtern.

„Unsere US-amerikanischen Kollegen begannen unmittelbar nach dem Ende des Gesprächs einstimmig, Horrorgeschichten zu erzählen, dass Biden Putin angeblich Angst gemacht habe, und so weiter. Das ist nicht wahr.“

„Das Gespräch verlief mit gegenseitigem Respekt. Anders kann man mit Putin nicht reden“, betonte Peskow.

Das Gespräch der beiden Staatschefs sei „positiv“ gewesen, „was den Ton der Kommunikation angeht - schließlich respektieren die Präsidenten einander und die gegenseitige diplomatische und politische Erfahrung.“ „Dennoch wurden sehr, sehr komplizierte Themen besprochen, vor allem Themen, bei denen es Meinungsverschiedenheiten gibt“, so der Kreml-Sprecher.

### **Biden brauchte Informationsmaterialien zum Nachschlagen, Putin beherrscht die Themen gut**

In Bezug auf den Verlauf des Online-Treffens erwähnte Peskow, dass der US-Staatschef während des Gesprächs in bestimmten Informationsunterlagen habe nachschlagen müssen.

„Sie haben gesehen, dass Herr Biden bestimmte Informationsmaterialien brauchte, im Laufe des Gesprächs wurden ihm diese Materialien übergeben.“

Während der Telekonferenz befanden sich Berater des US-Präsidenten in unmittelbarer Nähe zu ihm.

Der russische Präsident brauche hingegen derartige Hilfe nicht, weil er die besprochenen Themen sehr gut beherrsche, fügte Peskow hinzu. Präsident Putin stehe im ständigen Kontakt mit all seinen Beratern sowie mit den Ministern, deren Konsultationen er zu bestimmten Fragen brauche.

Bei dem digitalen Treffen mit dem US-Präsidenten Joe Biden am vergangenen Dienstag hatte

der russische Staatschef seinen US-amerikanischen Amtskollegen darüber informiert, dass Kiew die Minsker Abkommen nicht einhalte und die Umsetzung der Vereinbarungen sabotiere. Zudem wies Putin darauf hin, dass es die Nato sei, die gefährliche Versuche unternehme, ukrainisches Territorium militärisch zu untersuchen, und ihre militärischen Kapazitäten in der Nähe der russischen Grenzen ausbaue.

Washington hatte zuvor versprochen, dass es im Einklang mit seinen Verpflichtungen gegenüber dem Nordatlantischen Bündnis seine Militärpräsenz an der Nato-Ostflanke ausbauen würde, falls Russland seine Eskalationspläne in Bezug auf die Ukraine umsetzen sollte.

Die Ukraine und die westlichen Staaten hatten sich in letzter Zeit über angeblich verstärkte „aggressive Aktivitäten“ Russlands in der Nähe der ukrainischen Grenzen besorgt gezeigt. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärte, Russland verlege seine Truppen innerhalb seines Hoheitsgebiets und nach eigenem Ermessen. Dies bedrohe niemanden und sollte keine Sorgen bereiten.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0c/4667147\\_0:164:3347:2047\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_53647d747ea254d3478e92c02ae2d7a4.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/0c/4667147_0:164:3347:2047_1920x0_80_0_0_53647d747ea254d3478e92c02ae2d7a4.jpg)